

jede demokratische Fraktion anstreben müssen. Es ist auch zu beachten, daß die preussische Regierung für die Ablehnung der Reichsversammlung einen Vorbehalt nicht macht. Dieser Vorbehalt ist im Reichsgesetzgebungsorgan. Deshalb müßten wir unbedingt in der Regierung bleiben. Wir müßten aber auch in der Regierung bleiben, weil durch einen demokratischen Eintritt überhaupt keine Regierung mehr vorhanden gewesen wäre, denn Zentrum und Sozialdemokratie würden in der ersten Legislaturperiode nur für eine Mehrheit von 20 Stimmen. Reider müßte man starke Befürchtungen haben.

bei Breiten verfahren

Es scheint, daß der Zerfall immer weiter fortgeschritten. Reider sieht die einzelnen Absonderungsbestrebungen auf, für deren Ursache der bekannte Gedanke Adolf Hoffmanns aus der ersten Revolutionzeit eine große Rolle spielte. Durch die Lösung des Zentrums ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß ein Kulturkampf ausbrechen könnte. Reider verweist zum Beweise hierfür auf die Kämpfe, die zuerst in die Schule geführt werden. Die größte Aufgabe liegt darin, dafür zu sorgen, daß die Volk arbeitssfähig gemacht wird.

Der Reichsvertragsrat führt die hochinteressante Darstellung einer amerikanischen Kommission an, die er in den jüngsten Tagen gelesen hat. Die Amerikaner waren u. a. der Meinung, daß die Verhältnisse bei uns sofort nach Öffnung der Grenzen besser werden würden. Sie waren weiter der Meinung, daß der Friedensvertrag durch Amerika sofort ratifiziert werden würde, trotzdem man dort nicht einverstanden ist. Gegen eine Kontrolle des deutschen Handels würden man sich in Amerika stark wehren. Sie sind auch der Meinung, daß ein wirtschaftlich übergedrücktes Deutschland ganz ungesund wäre. Aus dem Zustand anderer Amerikaner hätte Reider, daß Amerika sich bestrebt, ein eigenes Kabel nach Deutschland zu legen.

Der Reichsvertragsrat schließt mit einem Vergleich des Verhaltens der verschiedenen Völker im Kriege. In England wurde kein Scheitern getrieben. Dort entsetzte man gleichermaßen. In Amerika lagen die Verhältnisse ähnlich, ohne daß der Staat irgendeinwas rationiert hätte. In Frankreich lagen dagegen die Verhältnisse ähnlich wie bei uns. Auch dort versuchten die Reichs einzuhalten, was nur irgendwie möglich war. Da sehe man den wahren demokratischen Gedanken, der darin besteht, daß das Volk sich auch praktisch durch die Tat als eine Einheit fühle. (Beifall)

Der Vorsitzende Delius eröffnete nunmehr die Diskussion

über die angebotenen Referate.
Haaring-Scheudlich sprach über die Bedeutung der Provinzialparlamenten und über die Frage der Güterbesitz. Carl Helms-Halle: Über Parisierfreunde und Delius hat davon gesprochen, daß für den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung gewisse Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Auch ich möchte eine solche Voraussetzung hier nennen. Sie haben gehört und haben früher gesehen, daß Herr Erzberger nicht die gleiche Sache als ein Geschäftsweltler mielen hat. (Beifall Zustimmung.) Wir alle würden nun denken, wenn unsere Parteifreunde in der Nationalversammlung nach Möglichkeit ein Kabinett bilden würden, in dem Herr Erzberger auch fernert in der nächsten Sitzung. (Stimmliche Zustimmung.) Zur politischen Vorbereitung übergehend, betonte Reider: Die Deutschnationalen geben sich jetzt in den Städten die größte Mühe, weil sie für den Lande den Boden verloren haben. Wir müssen ihnen deshalb in den Städten mit der größten Energie entgegenzutreten (Zustimmung), damit sie keinen Ausgang für die Verleumdung auf dem Lande gewinnen. Auf dem Lande verhält es sich ähnlich, wie bei der Sozialdemokratie. Reider hat die Arbeiter nicht als eine Partei, die alle Energie entgegenzutreten werden müsse. Im Delius'sche Bericht haben ein unabhängiger Führer

für einen Streit der Landarbeiter Stimmung gemacht und, wenn es sein müßte, sogar zur Zeit der Ernte. Ein Streit auf dem Lande während der Erntezeit würde die guten Folgen der Aufhebung der Entente-Blockade zu einem wesentlichen Teile wieder auslöschen. Erneut wären Not und Elend die Folge und deshalb könne eine solche Agitation nur als ein Verbrechen an der Volk bezeichnen werden. Auf dem Lande liegen jetzt zu einem wesentlichen Teile die starken Nutzen unserer Kraft. Deshalb rufe er allen Freunden zu: hinaus aufs Land. Sonntag für Sonntag, es kann nicht genug Auffklärung hinausgetragen werden. (Beifall)

Seminarlehrer Koellin-Merleburg: Es muß die Möglichkeit bestehen und geschaffen werden, daß unmögliche Meinungen aus der Regierung herausgeschoben werden können. Er stimmt dem Vorkredner Helms darin bei, daß Herr Erzberger für ein Geschäftsweltler aus der Regierung müsse. Wünschenswert ist, daß die Vorlage über den Staatsgerichtshof baldigt verabschiedet werde. Weiter äußert Reider Wünsche über die Presse.
Dr. Schwarz-Halle bietet um Auskunft über die Ursache für verschiedene Abstimmungen. Boffe-Wittenberg tritt für einen energischen Kampf gegen die Deutschnationalen ein.

Breitenborn-Delisch tritt kurz formale Fragen und betont den leidigen Papiermangel bei der Presse. Nachdem sodann noch Dr. Klein-Gleichen einzelne Wünsche geäußert hatte, beantragte Carl Helms-Halle, nachdem er betont hatte, daß feierlich Kritik an den Fraktionen in der Nationalversammlung und in der Landesversammlung laut geworden sei, die Annahme der folgenden

Entschließung:

Der Bezirksrat der Deutschen demokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merseburg spricht nach Referaten von Delius und Abberhahn sein Einverständnis aus mit dem in Weimar und Berlin getroffenen Politik. Er dankt allen demokratischen Vertretern in den Parlamenten und drückt ihnen sein Vertrauen aus.
Reider bittet um möglichst einstimmige Annahme dieser Entschließung. (Beifall Zustimmung.)
Nachdem Herr Delius noch kurz auf einzelne Auslassungen eingegangen war, erfolgte die Abstimmung über die oben erwähnte Entschließung, die in Probe und Gegenprobe einstimmig angenommen wurde.

Der vorerzählte Zeit halber konnte ein weiteres Referat von Generalreferat Dr. Knöbel über „Organisationsfragen“ nicht mehr gehalten werden. Es soll den Ortsgruppen in anderer Form zugänglich gemacht werden.
Alsdann schließt der 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes, Abg. Delius, mit Dankesworten an alle Erzhörten die Tagung.

Angestellten-Kundegebung für den Tarifvertrag in Halle.

Eine Massenversammlung von halleischen männlichen und weiblichen Angestellten sprach sich gestern, Sonntag, im überfüllten Palasträume einmündig für ein letztes Angebot an die Arbeitgeber aus, nachdem die bisherigen Tarifverhandlungen gescheitert waren. Die Arbeitgeber sollten bis Dienstag entschlossen. Wägungen soll mit den halleischen Gewerkschaftsmitteln für die Erreichung der Forderungen der Angestellten eingesetzt werden. Die Verammlung ermächtigte die Kommission der Angestellten, das letzte Angebot darauf zu gestalten, daß sie in dem eingehendsten Tarifentwurf angestellten monatlichen Gehaltsätze über 400 Mk. bis zu höchstens 10 Prozent ermäßigt.

Die unter der Leitung des Herrn Statke stehende Verammlung gestaltete sich zuweilen etwas lärmlich. Es herrschte Gewitterstimmung. Insbesondere erregten die Forderungen der Angestellten in bezug auf die Stellung der Arbeitgeber mit Veracht gemacht haben, härteste Enttötung, die sich in sehr drastischen Zwischenfällen bemerkbar machte.

Die Kommissionsmitglieder berichteten über den Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitgebern der einzelnen Berufsvereine. Einen allgemeinen Bericht gab Herr Schwaibart. In den seit Wochen geführten Tarifverhandlungen hätten die Arbeitgeber eine Verheißungstaktik betätigt. Wesentliches sei verurteilt worden, Kollegen an die Luft zu setzen. In der Industrie hätten sich die Herren auf einen ganz trüben Standpunkt gestellt. Nun aber gebe es nicht mehr weiter. Der Reichsvertragsrat beantragte es, daß nicht die Zeit vorübergehen lassen sollte, sondern die Angelegenheit möglichst schnell zum Bewusstsein zu bringen. In acht bis zehn Tagen würden die Angestellten ihre Forderungen bewilligt erhalten.

Herr Geiler berichtete über die Verhandlungen mit dem Großhandel. Dieser habe die Einföhrung der ungelerten Hilfskräfte in den Tarif beantragt. Inbes sei dieser Punkt zurückgestellt worden, da die Frage der Bezahlung der Hilfskräfte in allen Berufen gleich behandelt werden müßte. Der Großhandel habe sich nur bereit erklärt, die Rückwirkung des Tarifs vom 1. Juli ab anzuerkennen. Die Kommissionsmitglieder der Arbeitgeber wollen sich nochmals mit ihren Berufsgenossen besprechen und gegebenenfalls die Angelegenheit weiter zu einer neuen Sitzung einbringen.

Der Bezirkskommission berichtete Herr Lindner. Die Arbeitgeber, die sich auf den bestehenden, bis Oktober laufenden Tarifvertrag berufen, hätten an den sie betreffenden Tarifätzen, wie sie von den Angestellten jetzt vorgeeschlagen worden sind, ganz bedeutende Abträge machen wollen, ebenso an den Gehaltsätzen der Damen in leitenden Stellungen. Von den Angestellten ist eine anderweitige Regelung des Provisionswesens gefordert worden dergestalt, daß die Betreffenden das jetzt beantragte Einkommen erreichen. Der Vertrag sollte rückwirkend ab dem 15. Mai ab haben.

Für den Verkehr, in den die Gruppe der Verlagsgeschäftler und des Zeitungsgewerbes, einschließlich der Redakteure, einbezogen ist, sprach Herr Neumann. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden, da die Arbeitgeber sich gegen den von den Angestellten angebotenen Tarif ablehnen wollten. Die Redakteure müßten die Arbeitgeber auch nicht mit einbezogen werden. Auf der Grundlage, wie sie die Arbeitgeber vorgeeschlagen hatten, konnte man sich nicht vereinigen.

Als Vertreter der Bankangestellten berichtete Herr Brechtel. Die halleischen Bankisten hätten Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Angestellten gezeigt und grundsätzlich die Bestimmungen des Mantelvorschlages anerkannt. Bis 300 Mk. nehmen sie die Höhe an, darüber hinaus wollen sie verhandeln. Die von den Banken gemündete unterchiedliche Behandlung von Groß- und Kleinbankern mit der Maßgabe, daß die Kleinbankern geringere Gehaltsätze zahlen dürfen, erkennen die Angestellten nicht an. Sie wünschen die Banken die gleiche Behandlung von männlichen und weiblichen Angestellten ablehnen zu wollen. Es soll nun verhandelt werden, in der nächsten Sitzung zu einer Verhandlung zu kommen, obgleich auch hier wie in allen übrigen Berufen die geforderte Wirtschaftsbefähigung nicht zugestanden worden ist.

Die technischen Angestellten in der Industrie vertritt Herr Scheffl. Auch er teilt mit, daß die Verhandlungen hätten abgebrochen werden müssen. Die Arbeitgeber hätten die Forderung der Friedensgehaltungen aufgegeben, ein Angebot, auf das nicht hätte eingegangen werden können, weil dann die Angestellten, die früher niedrig bezahlt wurden, für immer im Elend dahinsinken müßten. Auch die von den Arbeitgebern nachher vorgeeschlagenen Höhe von Gehältern der Arbeiter ist nicht zu akzeptieren. Die Verhältnisse sind nicht entsprechend, abgelehnt werden. Wirtschaftsbefähigung und Rückwirkung vom 1. März ab lehnten die Arbeitgeber ab, weil überhaupt das Verhandeln auf der Grundlage der von den Angestellten geforderten Gehaltsätze.
Herr Bartel teilt mit, daß für die Kaufleute in der Industrie lebhaft von den Arbeitgebern Zugeständnisse gemacht worden seien, die nichts kosten. Auch hier ist es zum Abbruch der Verhandlungen gekommen.

Für die in der Stadt lebenden weiblichen Angestellten. Enttäuschung habe es verursacht, als man erfuhr, daß die Arbeitgeber 25 Prozent weniger Gehalt den weiblichen als den männlichen Angestellten zahlen wollten. Der Herr, der schon einmal genannt worden wäre, hätte seine weiblichen Angestellten davon in Kenntnis gesetzt, daß sie 25 Prozent weniger als die männlichen verdienen müßten, indem sie sich einverstanden erklären müßten. Die heutige Zeit fordert wie die politische auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau. Wenn die weiblichen Angestellten, wie die Reider als letztes Diner sagen wollte, bis höchstens 10 Prozent unter die Gehaltsätze der Männer zu setzen bereit seien, so hätten sie das Möglichste für das alte Zentrum getan.

Herr Barthel hat dem Vorkredner das Versprechen, daß die Gehaltsätze für die weiblichen Angestellten keinesfalls mehr als 10 Prozent Abträge erfahren sollten. Um diesen Zweck zu erreichen, sind die Verhältnisse im Kleinhandel mit rationeller Bewirtschaftung bis zum 1. Juli ab zu setzen in der Lage sei, die gleichen Gehaltsätze wie der Großhandel zu bezahlen. Deshalb seien auch für diesen Kleinhandel niedrigere Sätze einzuföhrten. Es könne aber nicht an, daß ein einzelner Kleiner Handelbetriebe willen dem gesamten Handel die gleiche Lage zu schaffen sei. Es sei nicht möglich, den Kleinhandel zu schließen. Die niedrigeren Sätze im Kleinhandel sollten aber auch nur so lange bestehen bleiben, als die jetzigen kleinsten Gehältern fortbestehen. Das werde sich ändern, sobald der freie Markt wieder allgemein zugelassen ist.
Auch Herr Geiler, der die halleischen Bausenarbeiter vertritt, teilt mit, daß die Verhandlungen in Halle gemwäre auf eine Verheißung abgelehnt sei. Dort will man am 15. Juli verhandeln. Man habe schon seit so lange ge-

markt. Heute, da die Eisenbahnschaffner 6300 Mk. bekommen, müßten auch die Bausenarbeiter wenigstens das Existenzminimum erhalten.

Der harte Befall, der allen Berufen anteil wurde, den Reider bereits für das Einverständnis der Verammlung mit dem Tarifvertrag ausgesprochen hat, hat hier eine Zustimmung hervor in der folgenden Aussprache an der sich eine ganze Anzahl von Verammlungsteilnehmern beteiligte. Ein besonders scharfer Sprecher lag das Grundübel im Kapitalismus, den er mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßte. Bis dahin aber schlaue er vor, daß die Arbeiter in der nächsten Zeit für die Forderungen der Arbeiter werden müßten. Herr Geiler forderte, daß die Kommission bis Dienstag nachmittags 2 Uhr Arbeit von den Arbeitgebern bestelle. Er trat auch einen Demonstrationsschritt nach der Handelskammer an. Herr Geiler wollte den Streit schon heute, Montag, früh 9 Uhr beenden lassen, wenn die Angestelltenforderungen nicht bewilligt würden. Herr Geiler forderte gleiche Bezahlung für die weiblichen Angestellten, wenn sie die Arbeit des Mannes verrichten. Die Meinung der Angestellten sei in einem Ultimatum, dem je nachdem der Streit länger müße, festzulegen. Im Bankgewerbe dürfe man unter 350-400 Mk. nicht verfallen. Es müße ein Existenzminimum geföhrt werden. Von den geforderten Sätzen über 400 Mk. dürften nicht über 10 vom Hundert abgezogen werden. Wenn die Verhandlungen durch den Widerstand der Arbeitgeber abgebrochen werden müßten, dann müßten die Angestellten für ihre Forderungen geschlossen eintreten. Eine Besetzung der Arbeit sollte nicht stattfinden, wenn es nicht um die gleiche Bezahlung mit den männlichen Kollegen erlaßten. Hierin wurde der eingangs dieses Berichts bereits angeführte Antrag angenommen, daß im Tarif die Gehaltsätze über 400 Mk. bis zu höchstens 10 Prozent ermäßigt werden dürften. Hierüber fand ebenso einstimmige Annahme wie dieser Antrag folgende.

Entschlüsse: Mehr als 2000 in den Tariffällen verarmte Angestellte können nicht verstehen, daß die Arbeitgeber den berechtigten Forderungen so wenig Verständnis entgegenbringen. Sie ermächtigen die Kommission, den Arbeitgebern ein letztes Angebot zu machen und sie aufzufordern, die Verhandlungen sofort bis Dienstag wieder aufzunehmen und am Dienstag zum Abschluß zu bringen. Die Verammlung erwartet, daß die Kommission für das letzte Zugeständnis unverzüglich eintreten wird, und ist entschlossen, selbst unter Anwendung der härtesten Gewerkschaftsmittel, für die Erreichung ihrer gerechten Forderungen einzutreten.
Damit fand die Verammlung ihren Abschluß. Der größte Teil der Besucher erbat sich, trotz des geradezu stürmischen Regens, zu einem Zuge nach der Handelskammer in der Brandestraße.

Die Entente macht neue Schwierigkeiten

WTB. Berlin, 13. Juli. (Drahtnachricht.) Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ dringt ein Telegramm der Pariser Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die Frage der Kriegsgesangenen, daß der Verband in dieser Frage nicht die gleichen Verpflichtungen auf sich genommen habe wie bezüglich der Aufhebung der Blockade. Was die Kriegsgesangenen betreffe, so werde man abwarten, bis die Kriegsmächte den Friedensvertrag vollständig ratifiziert hätten. Bis zum Abschluss des Friedensvertrages eine Sitzung der Arbeiterkongresse für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gesunde hätte.

Clemenceau über die Aufhebung der Blockade.

WTB. Versailles, 13. Juli. (Drahtnachricht.) Ministerpräsident Clemenceau hat eine Note folgenden Inhalts an die Botschaftern der deutschen Friedensdelegation geschickt: Sie haben mich durch Schreiben vom 10. Juli mitgeteilt, daß der Präsident des Reiches am 9. d. M. nach Zustimmung der gezeigenden Verammlung die Ratifikation des am 8. Juli geschlossenen Friedensvertrages, des angeeschlossenen Protokolls und des Abkommens betreffend die militärische Beilegung der Rheinlande, die am selben Tage unterzeichnet wurden, vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist in einmütiger Ausfertigung heute im Generalsekretariat der Friedenskonferenz niedergelegt worden.
Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Kenntnis davon genommen haben, daß die oben erwähnte und vollständig ratifizierte Friedensverträge durch die deutsche Republik Ihnen offiziell notifiziert wurde. Es ist insofern Befehl gegeben worden, die Blockade Deutschlands vom 12. Juli ab aufzuheben.

Der Tarnowitzer Eisenbahnerstreik.

WTB. Berlin, 13. Juli. (Drahtnachricht.) In Sachen des Tarnowitzer Eisenbahnerstreiks fand heute vormittag auf Einladung des Staats- und Reichspostministers Hörsing im Direktionsgebäude der Kattowitzer Eisenbahnverwaltung eine Sitzung statt. Hörsing empfahl eine Kommission von drei Mann zu wählen, die sich unter seiner Führung am Mittwoch nach Berlin begeben wird, um dem Eisenbahner und Finanzminister die ganze Sache vorzutragen. Der Reichsminister der Eisenbahnen erklärte, daß sie das Angebot angenommen. In der Abstimmung wurde mit allen gegen sieben Stimmen beschlossen, die Arbeit am Montag früh wieder aufzunehmen. Maßregelungen sollten unterbleiben.

Todesurteile gegen Talaat und Enver Pascha.

WTB. Konstantinopel, 12. Juli. (Drahtnachricht.) Das Krieggericht verurteilte Talaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in contumaciam zum Tode und Musfa Riasim Efendi, ehemaligen Gesandten in Genoa und den früheren Finanzminister Hagid Bey zu 15 Jahren Zwangsarbeit. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Saale-Regatta.
Die Saale-Regatta nahm trotz des regnerischen Wetters einen einwandfreien glatten Verlauf. Die einzelnen Wettbewerbe waren: 1. Bieleger-Ruder-Club, 2. GutsMuths-Club, 3. Bieleger-Ruder-Club, 4. GutsMuths-Club, 5. Bieleger-Ruder-Club, 6. GutsMuths-Club, 7. Bieleger-Ruder-Club, 8. GutsMuths-Club, 9. Bieleger-Ruder-Club, 10. GutsMuths-Club.
Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den weltlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht: Eugen Bismann; für Sport und Beifolien: Heinrich Weidmann; Beifolien, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Heller; für den Anzeigenteil: Dr. Karl Heller.
Druck und Verlag von Otto Hendel.